Ä-K14-698 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Marie Schäffer

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 33:
~~Wir sind überzeugt: Wir können in Brandenburg die Grundrechte von Bürger*innen schützen~~Grundrechtsschutz und ~~gleichzeitig in~~ Sicherheit ~~leben~~sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. ~~Neue~~ Befugnisse für die Polizei müssen deshalb immer verhältnismäßig, gut begründet und wirksam sein. ~~Statt~~Nachdem in der Vergangenheit Befugnisse immer ~~weiter auszuweiten~~wieder ausgeweitet wurden, setzen wir uns für eine Überprüfung ~~aller~~von bestehenden Regeln ein. Solche, die sich in der Vergangenheit als nicht wirksam erwiesen haben oder Grundrechte unverhältnismäßig einschränken, ~~wollen wir~~müssen angepasst werden, während gleichzeitig immer wieder ~~streichen. Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir einem~~überprüft werden muss, wie neuen ~~Polizeigesetz zustimmen~~Herausforderungen begegnet werden kann. Gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle Sicherheitsprobleme reagieren, wollen wir grundsätzlich zeitlich befristen, damit ein Praxistest erfolgen kann bevor sie in permanentes Recht überführt werden.